

Ergebnisprotokoll der 10. Sitzung des Frauenpolitischen Beirats am 28.09.2006

Teilnehmerinnen: siehe Anwesenheitsliste (11 Stimmberechtigte)

Es fehlen bzw. sind entschuldigt: Fr. Fischer, Fr. Hömberg (vertreten durch Fr. Vollradt), Fr. Prof. Dr. Kaczmarczyk, Fr. Wüst

Protokoll:

Es gibt keine Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 29.06.2006.

Tagesordnung:

Es wird gebeten, den TOP 2 b vorzuziehen, soweit es die Beschlussvorlage zu den älteren Migrantinnen betrifft, da die fachlich zuständige Referentin, Frau Schmidt-Hijazi, ab 15 Uhr einen anderen Termin wahrnehmen muss.

Hiergegen gibt es keine Bedenken.

TOP 2 : Beschlüsse (teilweise vorgezogen)

✂✂ Beschlussvorlagen zum Thema „Ältere Frauen in Berlin“ und Fortsetzung der Debatte

b) Ältere Migrantinnen

Die vorliegende Beschlussvorlage (BV) wurde im Beirat mit folgenden Anmerkungen und Fragen diskutiert:

- ?? Forderungen, die sich auf Themen beziehen, zu denen bereits Leitlinien existieren, sollten auf die Umsetzung zielen (z.B. interkulturelle Öffnung).
- ?? Nr.2 stellt inhaltlich eine richtige und notwendige Forderung dar, die jedoch angesichts fehlender Personalstellen im öffentlichen Dienst nicht realisierbar ist. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, die Nrn. 2 und 7 zusammenzufassen.
- ?? Nr. 6 ist nicht speziell auf die Belange älterer Migrantinnen bezogen; darüber hinaus ist die Forderung missverständlich, da derzeit Frauenprojekte finanziell gefördert werden. Die Forderung müsste auf den Erhalt des bestehenden Zustandes abzielen.
- ?? Nr. 8 ist zu allgemein gefasst, das konkrete Problem ist nicht erkennbar.
- ?? Nr. 9 ist ebenfalls sehr allgemein gefasst bzw. sind die in der Praxis auftretenden Probleme nicht erkennbar. Wer soll Adressat der Forderung sein?

Im Ergebnis hat sich der Beirat darauf verständigt, dass die BV in der vorliegenden Fassung nicht zur Abstimmung kommen soll; daher stehen 2 Verfahrensvarianten zur Entscheidung:

1. Die BV wird an das Forum Migrantinnenprojekte (als Absender) zurückgereicht, mit der Bitte, die Forderungen sprachlich und inhaltlich eindeutig zu formulieren. Abstimmungsergebnis: 1 Stimme
2. **Die vorliegende BV wird in einer kleinen Gruppe überarbeitet und anschließend erneut zur Abstimmung in der kommenden Beiratssitzung am 7.12.06 vorgelegt.** Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen

Frau Renka und Frau Schmidt-Hijazi haben sich freundlicherweise bereit erklärt, die BV zur kommenden Beiratssitzung zu überarbeiten.

TOP 1: Aktuelles

- ?? Auf Wunsch von Frau Wissel liegt der Bericht „Frauen in Berlin“ sowie ergänzend die Mitteilung zur Kenntnisnahme zur Mitnahme für die Beiratsmitglieder aus.
- ?? Personelle Veränderungen: Nach dem Ausscheiden von Frau Frass wurde für die Frauenprojekte/Migrantinnen Frau Mira Renka als neue Beiratsvertreterin benannt; eine Stellvertreterin wird noch zu einem späteren Zeitpunkt benannt werden.
- ?? Ergebnisse der Berliner Wahl 2006: Am 17.9.06 wurde in Berlin gewählt (Abgeordnetenhaus, BVV und Volksabstimmung). Der Bericht des Landeswahlleiters und die Kommentierung der Ergebnisse liegt (nunmehr in endgültiger Fassung) vor und kann unter dem Link www.stala.verwalt-berlin.de/wahlen/home.htm zum Stichwort „Landeswahlleiterbericht“ gelesen werden. Am 26.10.06 wird sich das neue Abgeordnetenhaus konstituieren. Derzeit sind die Sondierungsgespräche abgeschlossen; die SPD wird in Kürze bekannt geben, mit welcher Partei Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden. Finanziell betrachtet ist aus Sicht von Frau Ahlers der Abschluss der Zuwendungsverträge mit den Projekten nicht gefährdet.
- ?? Hinweis auf eine neue Broschüre anlässlich des 20jährigen Bestehens der Frauenbeauftragten (einschl. DVD).

TOP 2: Beschlüsse

~~☞~~ **Beschlussvorlagen zum Thema „Ältere Frauen in Berlin“ und Fortsetzung der Debatte**

a) Ältere Arbeitnehmerinnen und Erwerbslose

Die BV (gefordert werden einerseits eine Erhöhung der finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen, die sich an ältere Frauen richten, und andererseits eine größere Ausrichtung der Maßnahmen der Arbeitsagentur auf Ältere) wurde im Beirat diskutiert und mit zwei kleinen Änderungen zur Abstimmung gestellt:

Beschluss Nr. 8 vom 28.9.2006:

Der Beirat hat den Beschluss Nr. 8 in der dem Protokoll als Anlage 1 beiliegenden Fassung einstimmig (mit 11 Stimmen) angenommen.

~~☞~~ **Bericht zur Umsetzung des Beschlusses Nr. 5 vom 15.12.05 (Anti-Gewaltarbeit in Berlin / Versorgungsbedarf junger Frauen)**

Anknüpfend an den Bericht zur Beiratssitzung vom 29.6.06 hat sich nach der dritten Sitzung der AG am 28.8.06 folgender Sachstand ergeben.

1. Das entwickelte Befragungsraster wurde nochmals durchgegangen. Es gab zunächst keine Veränderungen. Auch der Befragungszeitraum (retrospektiv vom 1.1.06 – 30.6.06) wurde bestätigt. Der Rücklauf sollte bis zum 30.11.2006 erfolgen.
2. In Bezug auf die Versendung der Fragebögen wurde vereinbart, dass ein einheitliches Schreiben entworfen wird, was dann aber jeweils von der Fachverwaltung an die einzubeziehenden Stellen (Jugendämter, Sozialämter) bzw. Projekte verschickt wird.
3. Im Kontakt mit der Senatsverwaltung für Soziales ergaben sich in diesem Zusammenhang doch noch Ergänzungsvorschläge für das Befragungsraster. Da dies nicht auf dem kurzen Weg zwischen allen Beteiligten geklärt werden konnte, wird sich die AG am 23.10.06 erneut treffen. Die Senatsverwaltung für Jugend prüft derzeit ein noch spezifischer auf Jugendämter, Jugendnotdienst, Mädchennotdienst zugeschnittenes Befragungsraster.

Zum weiteren Verfahren wird vorgeschlagen, **die Berichterstattung zu diesem Thema erst nach Abschluss der Befragung und der Auswertung wieder auf die TO des Beirats zu setzen.**

Hiergegen gibt es seitens des Beirats keine Bedenken.

?? „**Frauenförderung als Pflichtaufgabe**“ gem. Nr. 3 der Beschlussvorlage Soziokultur zur 8. Sitzung am 27.4.06

In der Beiratssitzung am 27.04.06 wurden die Forderungen gem. Nrn. 1 und 2 der Beschlussvorlage aus dem Bereich Soziokultur einstimmig vom Beirat beschlossen (siehe Protokoll vom 27.4.06/Beschluss Nr. 7); ein Beschluss zur *Frauenförderung als gesellschaftliche Pflichtaufgabe im Land Berlin* gem. Nr. 3 der Vorlage wurde zurückgestellt.

Eine Überarbeitung dieses Teils der BV war bislang nicht möglich, da die Recherchen hierzu keine weiteren Erkenntnisse gebracht haben bzw. unklar ist, wie und in welche Richtung die Angelegenheit vorangetrieben werden könnte.

Im Kern soll mit der angestrebten Empfehlung darauf hingewirkt werden, Frauenförderung zur gesetzlichen Pflichtaufgabe zu erklären und gleichzeitig mit einem festgesetzten Anteil am Gesamthaushalt zu finanzieren.

Frau Hentschel erklärt hierzu, dass aus ihrer Sicht die Schwierigkeiten nicht darin liegen, ein entsprechendes Gesetz zu formulieren, sondern sich vielmehr die Festschreibung von Größenordnungen als sehr problematisch erweist. Auch stellt sich die Frage, ob ein solches Gesetz gewollt und Erfolg versprechend ist.

Die Vorstellung, eine Regelung zu schaffen analog der Finanzierung von Frauenhäusern über das Haushaltsgesetz in Schleswig-Holstein, ist nicht realisierbar, da die Ausgangssituation in Berlin eine ganz andere ist. Schleswig-Holstein ist ein Flächenland und die Anti-Gewaltarbeit ist Sache der Kreise und Kommunen. Um die Verteilung festzuschreiben, ist ein Gesetz erforderlich. Wichtig ist, dass es jedoch keine gesetzliche Festschreibung zu Höhe und Umfang sowie zu anderen Details der Förderung gibt.

Bezogen auf das Land Berlin würde eine gesetzliche Regelung zur Verteilung die bezirkliche Hoheit in Frage stellen und es wäre mit größten Widerständen zu rechnen, wenn auf der gesetzlichen Ebene agiert werden würde. Darüber hinaus würde ein solches Verfahren immense Kräfte und Kapazitäten in Anspruch nehmen, mit ungewissem Ausgang.

Auch ist zu vermuten, dass andere Stellen das Verfahren benutzen würden, sich mit den eigenen Themen anzuhängen.

Frau Ahlers hat abschließend angeboten, den Vorgang dennoch auf Verwaltungsebene prüfen zu lassen.

TOP 3: Thema: Neustrukturierung des Europäischen Sozialfonds (ESF)/ aktueller Stand

Referentin: Frau Dr. Bialas (Sen WiArbFrau, V B 2)

Frau Dr. Bialas, in der Frauenabteilung als Referentin u.a. für die europäische Beschäftigungspolitik zuständig, berichtet zu den frauenspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Neustrukturierung des ESF für die neue Förderperiode ab 2007.

Im Ergebnis werden die geförderten Weiterbildungsprojekte der Senatsfrauenverwaltung weiterfinanziert werden und bleiben erhalten, allerdings verändert sich prozentual der Anteil der Kofinanzierung. Eine Zusammenfassung des aktuellen Sachstands liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Nach Einschätzung von Fr. Dr. Bialas ist im November 06 mit der Vorlage der Entwürfe der operationellen Programme zu rechnen, so dass in der Beiratssitzung am 7.12.06 das Thema fortgesetzt werden kann. (Anm: Die Planung hat sich zwischenzeitlich verändert; nach aktuellem Stand ist mit den operationellen Programmen voraussichtlich am 22.12.2006 zu rechnen.)

TOP 4: Ausblick auf kommende Schwerpunktthemen und Planung für 2007

Vorausgesetzt, die operationellen Programme liegen vor, wird für die kommende Sitzung am 7.12.06 die Fortsetzung zum Thema Neustrukturierung des ESF vorgeschlagen.

Darüber hinaus wird der Beirat in der kommenden Sitzung die Schwerpunktsetzung für 2007 und die weitere Beiratsarbeit festlegen.

Zur Planung der Sitzungstermine wird ebenfalls am 7.12.06 ein Vorschlag unterbreitet werden (geplant sind 4 Termine – 03/07, 06/07, 09/07 und 12/07; jeweils nachmittags).

?? Verschiedenes

Abschließend bedankt sich Frau Dr. Adler, stellvertretend für den Beirat, bei Frau Ahlers für die geleistete Arbeit.

Der Beirat beglückwünscht Frau Penske, die für ihre langjährige Arbeit beim dfb Sozialwerk das Bundesverdienstkreuz erhalten hat.

Die nächste Beiratssitzung ist geplant für den (Do) 07.12.2006, 14 bis 16 Uhr, Dienstgebäude Martin-Luther-Straße 105 (voraussichtlich Raum 230).

Beiliegende Anlagen:

Anlage 1: Beschluss Nr. 8 vom 28.09.2006 (Ältere Frauen in Berlin/Ältere Arbeitnehmerinnen und Erwerbslose)

Anlage 2: Zusammenfassung des Referates von Frau Dr. Bialas zu TOP 3 vom 28.09.2006